

Sachkompetenz für Europa liegt bei der CDU

Bilanz des Europawahlkampfes

Das erste direkt gewählte Europäische Parlament hat in der Woche vom 17. bis 21. Juli in Straßburg seine Arbeit aufgenommen. Die Zusammensetzung des Parlaments und seine ersten Amtshandlungen zeigen: Die Mehrheit in Europa liegt bei den Kräften der Mitte! In der Bundesrepublik Deutschland haben CDU und CSU mit 42 der 81 deutschen Europamandate die absolute Mehrheit gegen die SPD und FDP gewonnen, sie haben in der bundesweiten Wahl das zweitbeste Ergebnis ihrer Geschichte errungen. Aber auch in den anderen Ländern der Gemeinschaft sind christlich-demokratische, konservative und mit ihr verbündete Parteien siegreich gewesen und haben den europäischen Sozialisten eine herbe Abfuhr erteilt.

Noch ist es nicht lange her, daß Medien und Kommentatoren in ganz Europa den Spitzenkandidaten der SPD, Willy Brandt, als künftigen Präsidenten des Europäischen Parlaments feierten und die Morgenröte einer sozialistischen Zukunft auch über den europäischen Institutionen aufgehen sahen. Aber damit ist es nichts geworden. Die SPD hat eines der schwächsten Wahlergebnisse in ihrer Geschichte erreicht. Auch den Sozialisten in den anderen Ländern der Gemeinschaft ist es nicht besser gegangen! Überall ist die Linke erheblich hinter bisherigen Nationalwahlergebnissen und hinter den Erwartungen ihrer Anhänger zurückgeblieben.

Obwohl es eine europäische Wahl war, obwohl die Wähler unmittelbar nur die Abgeordneten zum Europäischen Parlament wählten, kann die bedeutende Kräfteverschiebung zugunsten der politischen Mitte, die in allen Gemeinschaftsländern zu beobachten ist, auch nicht ohne Auswirkung auf die politische Entwicklung in den einzelnen Ländern bleiben.

Das zeigt die folgende Analyse:

In Dänemark sind die regierenden Sozialdemokraten von 37 % (Wahl zum dänischen Folketing 1977) auf nur noch 21,9 % zurückgefallen. Mit einem Fünftel der Wählerstimmen ist ihr Zuwachs aus den letzten Parlamentswahlen praktisch wieder verlorengegangen. Demgegenüber hat sich die — in Dänemark allerdings traditionell weniger große — konservative Partei auf 14,1 % fast verdoppeln können. Der dänische Wähler wird die Frage stellen, ob er sich noch lange von einer Partei regieren lassen muß, die in einer wichtigen europaweiten Entscheidung nur noch ein rundes Fünftel der Stimmen hat hinter sich bringen können.

In Belgien haben die christlichen Demokraten ihre Stellung als stärkste Partei von 36,2 auf 37,7 % ausbauen können; nahezu ein Viertel der Wähler haben von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, dem Vorsitzenden der flämischen christlichen Demokraten und Präsident der Europäischen Volkspartei, Leo Tindemans, in einem überwältigenden Sympathiebeweis ihre Präferenzstimme zu geben. Demgegenüber sind die Sozialisten nur wenige Monate nach der Parlamentswahl im Dezember 1978 von 25,4 auf 23,4 % zurückgefallen. Ebenso haben die Kommunisten eine weitere Einbuße hinnehmen müssen.

In Frankreich fällt das sozialistische Ergebnis im Vergleich zu den Parlamentswahlen vom Frühjahr 1978 ebenfalls ungünstig aus. Schon diese Parlamentswahlen hatte die Partei unter François Mitterrand als eine Niederlage werten müssen, der erhoffte Sieg über Giscardisten und Gaullisten blieb aus. Aber von ihren damaligen 24,7 % ist die Partei nun noch weiter auf 23,5 % zurückgefallen. Demgegenüber hat die Regierungspartei von Giscard d'Estaing sich mit ihrer unabhängigen Präsidentenliste von 21,5 % auf 27,6 % verbessern können.

In Italien haben die christlichen Demokraten auch Grund, mit dem Wahlergebnis zufrieden zu sein. Zwar ist eine kleine Einbuße gegenüber dem Ergebnis bei den Parlamentswahlen nur eine Woche vorher zu verzeichnen (von 38,3 auf 36,5 %); der allseits den Sozialisten unter Craxi verheißene sprunghafte Anstieg der Stimmen ist jedoch ausgeblieben, die Sozialisten haben einen sie enttäuschenden geringen Zuwachs von 9,8 % auf 11 % verzeichnet. Wesentlicher aber:

Die Kommunisten sind seit langen Jahren zum ersten Mal unter die 30 %-Grenze gedrückt worden und haben damit im Juni drei große Wahl Niederlagen hinnehmen müssen: in den nationalen Wahlen, den Europawahlen und den wichtigen Regionalwahlen in Sardinien haben die italienischen Kommunisten eine Serie von Niederlagen einstecken müssen, die den Mythos der steigenden Stimm-ergebnisse und der faktischen Unbesiegbarkeit gebrochen hat.

Damit stehen die christlichen Demokraten in Italien heute gestärkt da. Ihre Zuversicherheit, die Kommunisten in Rom und in den Regionalparlamenten aus jeder Regierungsverantwortung zu drängen und sie auf Dauer in der Oppositionsrolle zu fixieren, ist gewachsen.

In Irland ist aus der Sicht der EVP und der christlichen Demokraten in Europa

bei den Wahlen entscheidend, daß die christlich-demokratische Partnerpartei der CDU in der Europawahl spektakuläre Fortschritte zu verzeichnen hatte. Noch vor 2 Jahren hatte die Regierungspartei Fianna Fáil 49,8 % der Stimmen, die Fine Gael 30 %; in der Europawahl haben sich die Parteien mit 34,7 bzw. 33,1 % auf wenig mehr als 1 % angenähert.

In Luxemburg waren am gleichen Tage nationale Wahlen und europäische Wahlen abgehalten worden. In beiden Wahlen hat die Christlich Soziale Volkspartei, die Partnerpartei der CDU, einen selbst von Optimisten kaum erwarteten Durchbruch und ihr seit 1954 bestes Resultat erzielt. Dies hat zum sofortigen Rücktritt der Koalitionsregierung von Liberalen und Sozialisten geführt; der Ministerpräsidentenkandidat der christlichen Demokraten, Pierre Werner, hat seither die Regierung wieder übernommen. Für die Europawahl hat seine Partei 36,1 % der Stimmen gegenüber 27,9 % in den Parlamentswahlen 1974 erreichen können. Die Liberalen, die bisher mit Gaston Thorn den Ministerpräsidenten stellen konnten, sind zum Minderheitspartner in der neuen Regierungskoalition geworden. Entscheidend war der Stimmenverlust der Sozialistischen Arbeiterpartei: gegenüber 29,1 % in den Parlamentswahlen 1974 ist sie auf nur noch 21,5 % zurückgefallen.

In den Niederlanden haben die christlichen Demokraten einen erheblichen Stimmenzuwachs verzeichnen können, sie sind gegenüber 1977 von 31,9 % auf 35,6 % angewachsen und nunmehr unbestritten die größte politische Gruppierung der Niederlande. Die Sozialisten, die vor 2 Jahren noch den Regierungschef stellten, sind von 33,8 auf 30,4 % zurückgefallen. Dieses ausgezeichnete Abschneiden ist auch eine Bestätigung für den christlich-demokratischen Ministerpräsidenten van Agt, der die knappe Mehrheit seiner Regierungskoalition im niederländischen Parlament nun noch entschlossener wird nutzen können.

Im Vereinigten Königreich war die Niederlage von Labour bei den Europawahlen durch den Sieg Margaret Thatchers und ihrer konservativen Partei bei den nur 5 Wochen vorhergehenden Parlamentswahlen bereits initiiert. Durch das in Großbritannien angewandte Mehrheitswahlrecht noch akzentuiert, sind die Sozialisten auf nur noch ein Fünftel der Großbritannien zustehenden Sitze reduziert worden! Während die Konservativen mit 60 Parlamentariern ins Europäische Parlament einziehen und dort die größte Delegation einer einzelnen Partei bilden, trägt Labour zur sozialistischen Fraktion nur noch mit 17 Abgeordneten bei.

Als Fazit ergibt sich: In nahezu allen Ländern der Gemeinschaft hat sich das politische Spektrum um mehr als 3 % zugunsten der Kräfte der Mitte verschoben. Nach dem Regierungswechsel in Luxemburg werden nur noch 2 Länder der Gemeinschaft von einem sozialistischen oder sozialdemokratischen Ministerpräsidenten regiert — noch 1977 war es mit 5 Ländern die Mehrheit der Gemeinschaftsmitglieder!

Der große Erfolg der Parteien der Mitte hat sich auch in den Größenverhältnissen der Fraktionen niedergeschlagen. Nur um Haaresbreite hat die sozialistische Frak-

tion ihre Position als größte Parlamentsgruppierung halten können — dicht gefolgt von der Fraktion der Europäischen Volkspartei. Während im alten Parlament die sozialistische Fraktion einen Vorsprung von 20 % vor den christlichen Demokraten hatte, ist der Abstand nunmehr auf nur noch 1 % zusammengeschrumpft. Dank des hervorragenden Abschneidens der britischen Konservativen, ist die vor allem aus ihnen bestehende Fraktion der „Europäischen Demokraten“ mit 15,4 % zur drittgrößten Fraktion geworden. Christliche Demokraten, Konservative und Liberale stellen allein eine solide Mehrheit im Parlament, die sich bereits in der ersten Woche bei der Wahl der französischen Politikerin Simone Veil, die von der liberalen Fraktion vorgeschlagen wurde, in eindrucksvoller Weise bewähren konnte.

Insbesondere, wenn man die Fraktion der Europäischen Demokraten für den Fortschritt (die mehrheitlich aus den französischen Gaullisten besteht) als Bundesgenossen hinzuzählt — und dies wird man für die überwiegende Zahl der im Parlament anstehenden Entscheidungen tun können —, ist sichergestellt, daß die europäische Linke — Kommunisten, Sozialisten und Sozialdemokraten — ihre politischen Vorstellungen im neuen Europäischen Parlament nicht durchsetzen können.

Für die CDU ist damit das Ziel erreicht, mit dem sie in den europäischen Wahlkampf gezogen ist:

Den Kräften der Mitte in Europa zur Mehrheit zu verhelfen und zu verhindern, daß Sozialisten und Kommunisten, wenn sie zusammengehen, unseren Kontinent in Richtung auf ein „Sozialistisches Modell“ hin entwickeln können. Auch wenn die christlichen Demokraten, die Konservativen, die Liberalen und andere verwandte Kräfte im Europäischen Parlament die bisherigen Fraktionsgrenzen einhalten: so wie bei der Wahl des neuen Parlamentspräsidenten, werden auch in Zukunft die in diesen Fraktionen vertretenen politischen Kräfte in enger Abstimmung zusammenarbeiten und für eine freiheitliche Politik in den europäischen Institutionen eintreten. Dank gleichgesinnter europäischer Verbündeter ist die Fraktion der Europäischen Volkspartei, die Christlich Demokratische Fraktion, damit zur entscheidenden, mehrheitsbildenden Kraft im neugewählten Parlament geworden.

Für die CDU ist dies ein Punkt besonderer Genugtuung. Für sie ist es seit vielen Jahren das erklärte Ziel gewesen, die christlich-demokratischen, konservativen und andere Kräfte der Mitte in Europa zusammenzuführen, um damit eine Mehrheitsposition der europäischen Linken unmöglich zu machen. CDU und CSU haben gemeinsam mit den britischen Konservativen und einer großen Zahl europäischer christlich-demokratischer Parteien seit vielen Jahren für Europäisch Demokratische Union geworben, einer Arbeitsgemeinschaft gleichgesinnter Parteien der Mitte, die im April 1974 in Klesheim ins Leben getreten ist und — über den geographischen Bereich der Europäischen Gemeinschaft hinausweisend — gleichgesinnte Parteien aus dem ganzen freien Europa vereint. Die Mehrheit der Kräfte der Mitte, die jetzt im Europäischen Parlament erreicht ist, besteht tendenziell

aus den gleichen Kräften, die auch in der Europäischen Demokratischen Union zusammenarbeiten.

Aus der Sicht der CDU ist es deshalb von besonderer symbolischer Bedeutung, daß die Konstituierung des neuen Europäischen Parlaments und der schon in der ersten Woche überzeugend angetretene Beweis für die dortigen Mehrheitsverhältnisse, unmittelbar gefolgt wurden von der zweiten Konferenz der Parteivorsitzenden der Europäischen Demokratischen Union in London. Auf Einladung der britischen Premierministerin Margaret Thatcher trafen dort am 20. und 21. Juli 20 Parteien der Mitte aus 16 europäischen Ländern zusammen, um die Ergebnisse ihres ersten gemeinsamen Arbeitsjahres zu prüfen und zu verabschieden. Die deutschen Unionsparteien waren mit starken Delegationen vertreten: die CSU-Delegation wurde vom CSU-Vorsitzenden und Kanzlerkandidaten der Unionsparteien, Franz Josef Strauß, die CDU-Delegation durch Ministerpräsident Ernst Albrecht geleitet. Gerade unter dem Eindruck der Parlamentskonstituierung in Straßburg konnte Ernst Albrecht, der auch Vorsitzender des wichtigen EDU-Unterausschusses Europäische Strukturen ist, eine positive Bilanz der bisherigen EDU-Arbeit ziehen. Albrecht erklärte, der in Klesheim 1974 begonnene Versuch habe sich in erstaunlichem Maße bewährt.

Auch wenn aus Gründen, die in der jeweiligen innenpolitischen Entwicklung liegen, die christlichen Demokraten Italiens und der Beneluxländer dem EDU-Treffen noch ferngeblieben sind, bestand bei den EDU-Parteivorsitzenden die Überzeugung, daß der Versuch, gleichgesinnte Parteien der Mitte in klarer Abgrenzung zu den Kräften der kollektivistischen Linken zusammenzuführen, hier wie dort, in der EDU wie im Europäischen Parlament, zu eindrucksvollen Erfolgen geführt worden ist.

Umfragen erweisen: Sachkompetenz für Europa liegt bei der CDU

Während des Europawahlkampfes hat die CDU laufend die Haltung der Wähler zu wichtigen europapolitischen Fragen durch das EMNID-Institut testen lassen. Gerade im Rückblick auf die Ergebnisse der Europawahl sind das ausgezeichnete Abschneiden der CDU/CSU — und der ihr verwandten Kräfte in Europa — und die dabei beobachteten Trends aufschlußreich.

So lassen die Befragungsergebnisse insbesondere darauf schließen, daß es der CDU gelungen ist, ihre Hauptaussage „Deutsche, wählt das freie und soziale Europa. Gegen ein sozialistisches Europa“ im Verlauf des Wahlkampfes verstärkt deutlich zu machen. Noch im Juli 1978 stand für 60 % der Deutschen die Entscheidung „Freiheit oder Sozialismus“ bei der Europawahl nicht zur Debatte; noch im Februar 1979 glaubten nur 33 % diese Alternative stünde zur Entscheidung; im Juni 1979 war die Zahl derjenigen, für die diese Alternative im Vordergrund

ihrer Europawahlentscheidung stand, bereits auf 37 % gestiegen. Bei den CDU- und CSU-Anhängern glaubte die Hälfte daran, daß es bei den Europawahlen entschieden darum ging, die Bedrohung des sozialistischen Europa abzuwenden. Gerade wenn man in diese Betrachtung die Zukunftsdimension einführt, kann man davon ausgehen, daß die Bundesbürger zunehmend das „Sozialistische Modell“ als eine reale Bedrohung für das künftige Europa ansehen, gegen die Stellung genommen werden muß.

In den Umfragen wurde auch die Europakompetenz erhoben. Es wurde gefragt, welche der deutschen Parteien die anstehenden europäischen Probleme am besten behandle und löse.

Bei der Europakompetenz führte im März — wie schon im Februar — die SPD/FDP mit 49 % vor der Union mit 41 %. Allerdings hatte sich die Position der CDU/CSU damals schon leicht verbessert: von früher 39 % war die Kompetenzzuweisung auf 41 % gestiegen, während der SPD/FDP-Anteil konstant blieb. Damit verringerte sich der Abstand zwischen beiden Parteien von 10 auf 8 Punkte. Eine deutliche Verbesserung brachte der Juni 1979: von 41 % auf 48 % stieg die Europakompetenz der Union, während die Zuweisung für die SPD/FDP-Koalition von 49 % auf 45 % fiel. Damit ist die Kompetenz der Union im Juni erstmals größer gewesen als die von SPD und FDP zusammen. Der Kompetenzzuwachs der Union von März bis Juni ist in allen Altersgruppen feststellbar, obwohl die SPD/FDP zuletzt immer noch bei den jüngeren Wählern führte, wenn auch mit einem geschrumpften Vorsprung. Der Zuwachs der Union ging vor allem auf das Konto der eigenen Anhänger, die im März zu 84 % und im Juni zu 93 % der Union die Kompetenz zuwiesen. Dagegen konnte die SPD/FDP bei den SPD-Anhängern keine Zuwächse verbuchen, auch wenn sie bei den FDP-Anhängern leicht anstieg. 6 Punkte verlor sie bei den Wählern der CDU/CSU.

Eine wesentliche Aussage im CDU-Wahlkampf war die antithetische Gegenüberstellung: Bürgerfreiheit ja — Bürokratismus nein. Die CDU hat durch EMNID auch hier die Kompetenzzuweisung durch die Bürger prüfen lassen. Dabei lagen die Kompetenzen im Problemfeld Bürokratie ganz eindeutig bei der Union: im Juni gaben 47 % der Befragten an, die CDU/CSU schütze den Bürger am wirkungsvollsten vor Auswüchsen der Bürokratie, nur 36 % erkannten dies der SPD, 8 % der FDP zu.

Auch hier hat sich beim Bürger ein Klärungsprozeß vollzogen: zwar hatte auch bei Testbefragungen im Februar und März die Union 4 Kompetenzpunkte vor der SPD gelegen, doch betrachtete man SPD und FDP gemeinsam, dann ergab sich im März ein Verhältnis von 47 % zu 41 % zuungunsten von CDU/CSU. Das hat sich bis Juni ins Gegenteil verkehrt: Mit 47 % Kompetenzzuweisung lag die Union im Zeitpunkt der europäischen Wahlen deutlich vor der Koalition mit 44 %. Auch in diesem Problembereich lag die SPD/FDP allerdings in diesem Zeitpunkt bei den jüngeren Wählern noch vor der CDU/CSU, was bei der allgemeinen Präferenzstruktur dieser Wähler natürlich ist.

CDU – die deutsche Europapartei der ersten Stunde

Konrad Adenauer und die CDU haben unser Land nach dem zweiten Weltkrieg entschlossen in die Europäische Gemeinschaft hineingeführt, haben die Eingliederung des freien Deutschland in die europäische Völkergemeinschaft als eine der grundsätzlichen Optionen ihrer Politik verstanden. Im Bewußtsein der Bevölkerung lebt die Erinnerung an die große geschichtliche Leistung Adenauers und seiner Zeitgenossen fort — unbeeinträchtigt vom Wechsel der CDU in die Oppositionsrolle vor 10 Jahren.

Obwohl die sozial-liberale Bundesregierung mit ihren Repräsentanten seither die Vertretung unseres Landes in den Brüsseler Ratssitzungen wahrnimmt, obwohl ihr die operative Führung der Europapolitik zufällt, hat keiner der sozial-liberalen Politiker nach der Auffassung der Bevölkerung auch nur annähernd die Statur Konrad Adenauers als europäischer Staatsmann erreichen können. Das zeigt die Umfrage, bei der den Befragten eine Liste mit den Namen bekannter deutscher Politiker der Nachkriegszeit übergeben wurde, und bei der sie gefragt wurden, wer sich besonders für die Einigung Europas eingesetzt habe. Das Ergebnis ist eindeutig:

Konrad Adenauer	73 %
Willy Brandt	46 %
Helmut Schmidt	37 %
Kurt Schumacher	34 %
Helmut Kohl	20 %
Franz Josef Strauß	20 %

Bei den Anhängern der SPD rangiert dabei Brandt noch vor Adenauer; allerdings nicht bei den Parteigängern der FDP. Im Lager der Union erreicht Adenauer den Spitzenwert von 84 %. Brandt liegt hier vor Helmut Kohl und F. J. Strauß, die ihrerseits aber noch vor Schmidt rangieren. Interessant ist dabei besonders, daß auch bei den jüngeren Wählern Konrad Adenauer mit 71 % noch weit vor Willy Brandt mit 55 % liegt.

Bei der beobachteten starken Verbindung, die die Bevölkerung zwischen Adenauer — und damit der CDU — und Europa herstellt, ist es auch aus demoskopischer Sicht sinnvoll gewesen, daß die CDU sich in ihrem Europawahlkampf entschlossen in die Tradition ihres großen Kanzlers Konrad Adenauer hineingestellt hat.

Bürger honorieren Qualität des CDU-Wahlkampfes

Weitere Fragen des EMNID-Instituts galten den von den Parteien verwendeten Werbemitteln.

Die Antworten, die das EMNID-Institut hierzu erhalten hat, weisen zunächst auf, daß Fernsehspots (73 % aller Bürger im Wahlalter), Plakate (62 %) und Anzeigen

in Zeitungen und Zeitschriften (53 %) am meisten bemerkt wurden und damit mutmaßlich auf die politische Meinungsbildung am ehesten eingewirkt haben. Wahlveranstaltungen erzielten nur 37 % der Aufmerksamkeit, Flugblätter und Broschüren 35 %. Allerdings ergeben sich Unterschiede nach den Altersklassen: Jüngere Wähler haben überdurchschnittlich oft Flugblätter und Broschüren, Straßendiskussionen und Info-Stände, Plakate, Anzeigen und Sendungen im Radio bemerkt. Ältere Bürger liegen dagegen bei fast allen Werbemitteln unter dem ermittelten Durchschnitt. Auch Frauen, weniger gebildete, an Europa wenig interessierte, arbeitende und — nach Konfessionen aufgeschlüsselt — Protestanten sind von Werbemitteln insgesamt seltener erreicht worden, als der Bevölkerungsdurchschnitt.

Nach Parteien aufgeschlüsselt zeigt sich, daß bei dem wichtigsten Werbemittel, den Fernsehspots, die CDU/CSU in der erzielten Aufmerksamkeit deutlich vor der SPD liegt. Defizite gibt es für die CDU/CSU demgegenüber bei Straßendiskussionen, bei Info-Ständen und bei Zeitungen. Auf der anderen Seite hat die Union einen Vorsprung bei Plaketten und Autoaufklebern, woraus zu ersehen ist, daß eine Situation wie 1972 (Verunsicherung der CDU/CSU-Wähler, mangelnde Bekennnisbereitschaft) diese Mal nicht vorhanden war.

Bei der qualitativen Bewertung der einzelnen Werbemittel schneidet die Union hervorragend ab — deutlich besser als die SPD. Bei nahezu allen Werbemitteln wird sie um einige Prozente besser bewertet als die FDP. Gerade bei den wichtigsten Werbemitteln (Fernsehspots und Plakate) liegt die CDU/CSU ganz klar vorn. 48 % der Befragten empfanden die Fernsehspots der Unionsparteien, 34 % diejenigen der SPD als besser. 41 % der Befragten bevorzugten die Plakate der CDU/CSU, 31 % diejenigen der SPD. Auch bei den Anzeigen ergab sich ein Vorsprung der CDU von 37 zu 31 %, bei Wahlveranstaltungen von 33 zu 24 %, bei Werbesendungen im Radio 30 zu 27 %, bei Kundgebungen und Großveranstaltungen von 28 zu 22 %.

Selbst 14 % der SPD-Leute und 42 % der FDP-Anhänger erklärten die Unions-Spots im Fernsehen als die besseren; dagegen votierten nur 35 % aus dem FDP-Lager für die Spots der SPD.

Ein Grund für diese klare Bevorzugung des von der CDU/CSU verwendeten Werbematerials liegt zweifelsohne auch in den in der Werbung verwendeten Begriffen. Gerade die in den Wahlslogans und -aussagen der CDU verwendeten Begriffe wurden von der Bevölkerung durchgängig positiv bewertet. So erzielten die Begriffe Bürgerfreiheit 92 %, Partnerschaft 96 %, Marktwirtschaft 85 %, Sicherheit 86 % an positiver Bewertung.